

Mitglied des Deutschen Bundestages für die StädteRegion Aachen

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde!

In den kommenden Wochen und Monaten stehen viele wichtige innenpolitische Vorhaben an. Wir haben im Plenum ein Gesetz zum schnelleren Ausbau des Internets in Deutschland beraten und das Gesetzgebungsverfahren über drei weitere sichere Herkunftsstaaten abgeschlossen. In dieser Woche hat sich zudem der Koalitionsausschuss zum Thema Werkverträge und Leiharbeit geeinigt. Schließlich gehen die Vorberatungen zum Erneuerbare-Energien-Gesetz, zur Integration und zu einem weiteren Anti-Terrorgesetz weiter, damit wir uns möglichst bald mit diesen wichtigen Themen im Bundestag befassen können.



Bei allen unseren Aktivitäten leitet uns die Frage, was wir für das Wohl der Bürgerinnen und Bürger und für das Allgemeinwohl unseres Landes tun können. Das ist das beste Rezept gegen Vereinfacher und bloße Stimmungsmache. Das Thema Innere Sicherheit brennt den Menschen unter den Nägeln, es reicht bis in den Alltag der Bürger hinein. Auch um unsere einheimischen Landwirte müssen wir uns intensiv kümmern und konkrete Maßnahmen angehen, denn die Situation auf vielen Bauernhöfen ist dramatisch.

Immens sind zudem die europäischen und außenpolitischen Herausforderungen dieser Tage. Wir müssen als starkes Land in der Mitte Europas ein Anker der Stabilität bleiben, wie uns gerade der Blick auf die Verhältnisse in Österreich lehrt.

Um das schnelle Internet zügiger auszubauen, haben wir in dieser Woche das „Diginetzgesetz“ zur Reduzierung der Kosten, die beim Ausbau digitaler Netze entstehen, beraten. Das Gesetz setzt auf drei Instrumente: Wir verbessern über eine zentrale Stelle bei der Bundesnetzagentur die Informationslage zu mitnutzbarer, schon bereit stehender öffentlicher Infrastruktur. Zweitens erleichtern wir den Netzbetreibern, etwa Abwasserleitungen, Fernwärmenetze oder Straßen und Schienen mitzunutzen. Auch an mitzuverlegende Leerrohre bei Infrastrukturmaßnahmen ist gedacht. Zusätzlich stellen wir klar, dass bei Erschließungsmaßnahmen in Neubaugebieten Glasfaserkabel automatisch mitverlegt werden müssen.

In dieser Woche haben wir auch ein klares Signal an die Menschen aus Marokko, Algerien und Tunesien, die nahezu ausschließlich aus ökonomischen Motiven zu uns kommen, gesendet: Es lohnt sich nicht, sich auf den Weg nach Deutschland zu machen. Die drei Länder wurden als sichere Herkunftsstaaten eingestuft. Damit kann das Asylverfahren schneller durchgeführt werden und die Ausreise nach einem ablehnenden Bescheid zügiger erfolgen.

Im letzten Jahr wurden etwa 26.000 Asylbewerber aus diesen Ländern in Deutschland registriert. Einige kamen gezielt, um hier Straftaten zu begehen, die meisten wegen wirtschaftlicher oder sozialer Probleme in ihrer Heimat. Unser Asylrecht ist aber kein Einwanderungsrecht. Es ist auch nicht dafür da, wirtschaftliche und soziale Probleme in den Heimatländern aufzufangen. Die müssen vor Ort mit Unterstützung der Staatengemeinschaft gelöst werden. Wir müssen dafür sorgen, dass unsere Kapazitäten den tatsächlich Verfolgten zu Gute kommen, die ihre Heimat infolge von Krieg oder Verfolgung verlassen und um ihr Leben fürchten. Die Erfahrung mit den Balkanstaaten zeigt, dass eine Einstufung als sicherer Herkunftsstaat unmittelbare Konsequenzen hat: Die Asylbewerberzahlen aus den Westbalkanstaaten sind seit dem Sommer 2015 um 90 Prozent zurückgegangen.

Viel Spaß beim weiteren Lesen wünscht



Ihr Helmut Brandt MdB

Mitglied des Deutschen Bundestages für die StädteRegion Aachen

WLAN-Störerhaftung wird abgeschafft

Durch die zunehmende Digitalisierung von Wirtschaft und Alltag sind schnelle mobile Internetzugänge von immenser Bedeutung. Hierfür benötigen wir ausreichende öffentliche WLAN-Hotspots, also drahtlose lokale Funknetzwerke. Die bisherige Rechtslage folgte dem Prinzip der sog. Störerhaftung. Das bedeutet, dass der Anbieter eines WLAN-Hotspots für Vergehen seiner Nutzer unter Umständen in die Haftung genommen werden kann, wenn über den WLAN-Hotspot beispielsweise illegal Filme oder Musik runtergeladen wurden. Dadurch wurde die flächendeckende Einrichtung dieser WLAN-Hotspots erheblich behindert.

In dieser Sitzungswoche haben wir uns mit unserem Koalitionspartner auf die entsprechende Ausgestaltung des zugrunde liegenden Telemediengesetzes generell [geeinigt](#). Durch den künftigen Wegfall der Störerhaftung schaffen wir Rechtssicherheit für alle Anbieter von WLAN-Hotspots. Wir wollen den Gesetzgebungsprozess nun zügig zu Ende bringen.

Ausbildungsmission der Bundeswehr in Mali wird fortgesetzt



© Bundeswehr/Bier

Seit Herbst 2015 hält der Waffenstillstand zwischen Rebellen und Regierung in Mali, dennoch ist der malische Staat noch nicht in der Lage, sein Staatsgebiet vollständig zu kontrollieren. Die deutschen Kräfte leisten im Rahmen der EU-Ausbildungsmission EUTM Mali einen Beitrag zur Wiederherstellung der militärischen Fähigkeiten der malischen Sicherheitskräfte. Dieses Mandat haben wir nun um ein weiteres Jahr verlängert. Im Zuge der Übergabe der Missionsführung von Deutschland an Belgien im Juli 2016 wird die deutsche Mandatsobergrenze von 350 auf 300 Soldaten gesenkt.

Außerdem haben wir das Mandat für die an der Operation ATALANTA beteiligten Bundeswehrkräfte verlängert. Mit der Operation ATALANTA sorgt Deutschland gemeinsam mit seinen europäischen Partnern seit 2008 für die Sicherheit und Bekämpfung der Piraterie vor der Küste Somalias.

Beide Missionen leisten einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung und Befriedung der Verhältnisse vor Ort und helfen, Migrationsbewegungen nach Europa vorzubeugen.

Deutschland attraktivstes europäisches Investitionsziel

Deutschland belegt im 16. Foreign Direct Investment (FDI) Confidence Index, für den jährlich die 1.000 weltweit größten Unternehmen nach den attraktivsten Zielländern für deren ausländische Direktinvestitionen befragt werden, den vierten Platz und rückt damit gegenüber dem Vorjahr um einen Platz nach vorne. Die USA, China und Kanada belegen bereits zum vierten Mal in Folge die Spitzenpositionen.

Das Volumen ausländischer Direktinvestitionen hat mit insgesamt geschätzten 1,7 Billionen Dollar wieder das Niveau vor der Finanzkrise erreicht. Die Unternehmen sehen dabei vor allem in Europa große Wachstumsschancen – 13 Länder haben es unter die Top 25 geschafft. Angesichts weltweiter Unsicherheiten ist dabei auch ein Trend hin zu Investitionen in hochentwickelte Industrienationen auszumachen: Waren im Jahr 2010 noch mehr als 70 Prozent der im Ranking vertretenen Nationen Schwellenländer, sank deren Anteil nach 50 Prozent in 2013 auf nur noch 20 Prozent in 2015.

Impressum:
Ausgabe Nr.: 08/16
13. Mai 2016

Helmut Brandt MdB
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel.: 030 / 227-71472
Fax: 030 / 227-76471
E-Mail: helmut.brandt@bundestag.de

Wahlkreis:
Luisenstr. 41, 52477 Alsdorf
Tel.: 02404/557830
Fax: 02404/673445
E-Mail: helmut.brandt.wk@bundestag.de

Internet: helmut-brandt.de
facebook.com/mdb.helmut.brandt